



Innenausschuss

49. Sitzung (öffentlich)

zu TOP 1 gemeinsame Sitzung mit:

Ausschuss für Kommunalpolitik

76. Sitzung (öffentlich)

20. November 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 15:05 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Marion Schmieder

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **7**

1 Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Justizgesetzes Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung weiterer Rechtsvorschriften **8**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6089
APr 16/723

Abschlussberatung gemeinsam mit dem Ausschuss für Kommunalpolitik und getrennte Abstimmung zur Vorbereitung der 2. Lesung

Der Gesetzentwurf Drucksache 16/6089 wird vom Kommunalausschuss mit den Stimmen von SPD und

Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und der Piratenfraktion angenommen.

Der Gesetzentwurf Drucksache 16/6089 wird vom Innenausschuss mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und der Piratenfraktion angenommen.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)

13

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 16/6500, 16/6710 sowie 16/6990
Vorlage 16/2173

Einzelplan 03 – Ministerium für Inneres und Kommunales

Abschließende Beratung und Abstimmung – gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der **Änderungsantrag Kapitel 03 010 Titel 422 01** wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen von CDU und der Piratenfraktion angenommen.

Der **Änderungsantrag Kapitel 03 310 Titelgruppe 74 Titel 422 74** wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Der **Einzelplan 03** wird mit den beschlossenen Änderungsanträgen mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und der Piratenfraktion angenommen.

3 Planungsstand bezüglich neuer Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber und aktuelle Situation in den Einrichtungen

27

Vorlage 16/2428
Bericht der Landesregierung

Innenausschuss

20.11.2014

49. Sitzung (öffentlich)

Sm

- 4 Randle von Hooligans/Rechtsextremen in Köln eskaliert (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; siehe Anlage) 41**

Vorlage 16/2417

Bericht der Landesregierung

- 5 Bewerberinnen und Bewerbern mit mittlerem Bildungsabschlüssen wieder eine Ausbildungsperspektive bei der Polizei eröffnen 100**

Antrag

der Fraktion der CDU

Drucksache 16/4156

Vorlage 16/2292

Der Ausschuss beschließt, diesen TOP auf die nächste Sitzung zu schieben, da noch der Evaluierungsbericht abgewartet werden sollte.

- 6 Freizügigkeit klug gestalten: Schlepperbanden und Missbrauch bekämpfen 101**

Antrag

der Fraktion der CDU

Drucksache 16/5489

APr 16/586

Der Antrag 16/5489 wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion abgelehnt.

- 7 Anonyme Krankenkarte einführen – Medizinische Versorgung für Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen sicherstellen 102**

Antrag

der Fraktion der PIRATEN

Drucksache 16/6675

Der Ausschuss beschließt, zu diesem Tagesordnungspunkt eine Anhörung durchzuführen. Die weiteren Verfahrensschritte werden in der nächsten Obleuterunde besprochen.

8 Keine Zeltstädte in Nordrhein-Westfalen – Unterbringung von Flüchtlingen in Zelten, Schulen und Turnhallen verhindern 103

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/6674

Der Ausschuss beschließt, diesen Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung zu schieben, da die antragstellende Fraktion noch Diskussionsbedarf sieht.

9 Nazis raus aus dem Stadion – Neonazis im Umfeld des Fußballs gemeinsam entgegentreten 104

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7153

Dieser Tagesordnungspunkt wird in die Januar-Sitzung geschoben.

10 Vereinsgründung von LEAP abgesagt: Hat der Maulkorbminister schon wieder zugeschlagen? (TOP beantragt von der Piratenfraktion; siehe Anlage) 105

Vorlage 16/2418
– Bericht der Landesregierung

Dieser Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung geschoben.

11 Razzia in der Kölner Notunterkunft für Flüchtlinge in der Herkulesstraße (TOP beantragt von der Piratenfraktion; siehe Anlage) 106

Vorlage 16/2419
– Bericht der Landesregierung

Dieser Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung geschoben.

12 Verschiedenes 107

Die nächste Sitzung findet statt am 11. Dezember 2014, 10 Uhr, mit abschließender Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur Novellierung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (Drucksache 16/6689).

* * *

2 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 16/6500, 16/6710 sowie 16/6990
Vorlage 16/2173

Einzelplan 03 – Ministerium für Inneres und Kommunales

Abschließende Beratung und Abstimmung – gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Dr. Joachim Stamp (FDP) weist darauf hin – so habe es der Minister im Plenum ausgeführt –, dass ein wesentlicher Punkt in der Auseinandersetzung mit dem Salafismus die Präventionsarbeit im Zusammenhang mit dem Projekt Wegweiser sein solle. Das werde im Kern auch geteilt.

Kritisiert werde allerdings, dass die Mittel hierfür nicht ausreichten. Der Minister habe angekündigt, das Projekt auf andere Kommunen ausweiten zu wollen. Daher interessiere ihn, wie sich dies im Haushalt abbilde.

Verena Schäffer (GRÜNE) vermutet, dass der Minister zu dieser Frage nicht allzu viel werde ausführen können, da sie eher den Haushaltsbereich des Verfassungsschutzes betreffe, welcher bereits im PKG beschlossen worden sei. Das Projekt Wegweiser stamme aus dem Haushaltsbereich des Verfassungsschutzes, und darüber werde eben im PKG beschlossen und nicht in öffentlicher Sitzung im Innenausschuss. Die Vorlage für den HFA diesbezüglich liege bereits vor. Herr Orth sei Mitglied im PKG und habe entsprechend darüber abgestimmt.

Des Weiteren weise sie auf die beiden Änderungsanträge hin. Einer davon habe zusätzliche Stellen auch für den Verfassungsschutz zum Inhalt. Da die Stellen nicht im Haushaltsbereich des PKG angesiedelt seien, sondern im Personaletat des Innenministeriums, könne darüber in öffentlicher Sitzung beraten werden. Aufgrund der aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen – die Ausreisen nach Irak und Syrien betreffend – wolle die rot-grüne Fraktion zusätzliche Personalstellen schaffen.

Da insbesondere die Opposition darauf dränge, dass im repressiven Bereich mehr geschehe, hoffe sie auf Zustimmung zum Änderungsantrag.

Hans-Willi Körfges (SPD) weist darauf hin, dass die regierungstragenden Fraktionen durchaus ein Interesse daran hätten, über Etatfragen bezüglich des Verfassungsschutzes einen intensiven Austausch führen zu können, da die Information der Allgemeinheit wichtig sei. Dies sei aufgrund der Geheimhaltungspflicht jedoch nur zum Teil möglich.

Als Vorsitzender des PKG wolle er jedoch sagen, dass alle gemeinsam die Bedrohung durch den Salafismus sehr ernst nähmen und man versuche, haushalterisch die notwendigen Vorkehrungen zu treffen. Die Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen im PKG könnten sicherlich bestätigen, dass es hier eine verstärkte Schwerpunktsetzung gebe. Mehr dürfe er an dieser Stelle nicht sagen.

Er finde es daher gut, dass die Frage nach zusätzlichem Personal an anderer Stelle geklärt werde. Wenn man sich einer solchen Bedrohung wirksam gegenüberstellen wolle, sei das mit materiellen Konsequenzen verbunden. Der Spielraum sei jedoch leider sehr gering. Dennoch wolle man versuchen, zumindest die Architektur der Prävention und der Beobachtung zu verstärken, denn nur so könne der massiven Bedrohung von Demokratie und Freiheit im Land wirksam entgegengetreten werden.

Er halte es für wichtig, verstärkt über die präventiven Aspekte zu reden. Was man bisher auf den Weg gebracht habe, trage nur dann richtig, wenn es gelänge, in NRW eine flächendeckende Vernetzung zu schaffen, sodass überall die Möglichkeit bestünde, sich qualifiziert mit dem Thema auseinanderzusetzen. Hier gebe es Nachholbedarfe; die habe man in NRW jedoch früher erkannt als andere Bundesländer

Dr. Joachim Stamp (FDP) will die Geheimhaltungspflichten des PKG nicht in Abrede stellen. Bei dem Projekt Wegweiser gehe es jedoch um Mittel für Sozialarbeit in den Kommunen, wo entsprechende Beratung für Menschen stattfinde, die abzugleiten drohten. Da frage er sich, warum dies eine Position sein solle, deren Umfang dem Parlament nicht in Gänze bekannt gemacht werden könne.

Minister Ralf Jäger (MIK) dankt den regierungstragenden Fraktionen für die sechs zusätzlichen Stellen im Bereich „Salafismus“, die dringend benötigt würden. Kombiniert mit den bereits ausgekehrten 21 zusätzlichen Stellen, die im Haushaltsplanentwurf bereits vorgeschlagen seien, könne man nun den Bereich „Beobachtung Salafismus“ qualitativ deutlich ausweiten. Das sei dringend erforderlich. Der Kollege Körfges habe zu Recht dargestellt, welche Dynamik diesem Phänomen innewohne und welche sicherheitspolitische Relevanz das Ganze habe.

An Herrn Stamp gewandt führt er aus, dass das Haushaltsgesetz nun einmal so sei – der Haushalt des Verfassungsschutzes werde im PKG beraten und beschlossen und unterliege der Geheimhaltung. Er wolle zumindest so viel sagen, dass die Ausweitung des Präventionsprojekts Wegweiser nicht am Geld scheitern werde.

Theo Kruse (CDU) teilt die Einschätzung des Kollegen Körfges und die Einschätzung des Ministers, dass es sich mit um die größte Bedrohung im Lande handele, und dass es der Verstärkung bedürfe. Das Thema müsse ein Schwerpunkt der Innenpolitik werden.

Er halte jedoch die Aussage des Kollegen Körfges für mutig, wonach NRW im Vergleich zu anderen Ländern führend sei. Er selbst habe die Sorge, dass Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu allen Ländern, was die Kriminalität und die Bedrohung der inneren Sicherheit insgesamt betreffe, nach wie vor einen Abstiegsplatz einnehme.

Daher laute seine grundsätzliche Frage an den Innenminister, ob dieser tatsächlich der Auffassung sei, dass mit dem Einzelplan 03 das Innenministerium, die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen den Herausforderungen für das kommende Jahr gerecht würden, und ob die Ansätze insgesamt reichten.

Derzeit werde die Diskussion zur Halbzeitbilanz geführt. Die CDU lehne den Einzelplan 03 deswegen dem Grunde nach ab, weil er nach wie vor keine Anzeichen für grundsätzliche Veränderungen enthalte, wie das Land Nordrhein-Westfalen strukturell neu ausgerichtet werden könne.

Vor gut zwei Jahren habe der Innenminister mit erfreulicher Offenheit verdeutlicht, dass der von der schwarz-gelben Vorgängerregierung begonnene Prozess nicht fortgesetzt werde. Gleichwohl besage der gesamte Sachverstand im Lande, dass man überbürokratisiert sei, dass man sich auf Kernaufgaben zu konzentrieren habe und dass umgesteuert werden müsse. Anzeichen hierfür seien dem vorgelegten Haushaltsplan nicht zu entnehmen.

Die CDU habe immer wieder betont, dass man im Bereich der inneren Sicherheit, der Kriminalitätsbekämpfung und der Salafismusbekämpfung uneingeschränkt dahinter stehe. Das setze jedoch voraus, dass Schwerpunkte klarer gesetzt würden und dass man bei der Kriminalitätsbekämpfung insgesamt mehr Farbe bekenne, als das mit dem Einzelplan 03 der Fall sei. Daher werde er abgelehnt.

Im Zusammenhang mit den Haushaltsplanberatungen und nachdem das Landeskabinett den Entwurf eingebracht habe, habe sich der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen an die Öffentlichkeit gewagt und zum Ausdruck gebracht, dass bei der Polizei ein Bürokratieabbau notwendig sei, ebenso eine Behördendiskussion, eine Verschlankung der Behörden.

Daher wolle er wissen, ob der Minister mit dem vorliegenden Haushaltsplan auf die scheinbar aus den Regierungsfractionen kommende Diskussion vorbereitet sei und ob er sich ihr stelle.

Thomas Stotko (SPD) findet, die CDU habe insoweit Glück gehabt, als die Anträge, die sich mit dem Flüchtlingsgipfel beschäftigten, heute nicht Gegenstand der Diskussion seien; denn dann hätte ihn interessiert, wie die CDU-Fraktion sowie die anderen Oppositionsfractionen sich zu den haushaltsändernden Anträgen verhalten hätten. Diesen Anträgen müsste dann eigentlich zugestimmt werden, da der Kollege Kruse sich entsprechend geäußert habe. Insoweit warte er, Stotko, auf die Abstimmung im Haushalts- und Finanzausschuss.

Gerade sei die Rede gewesen von einer Ausweitung der Stellen im Bereich des Verfassungsschutzes. Nach seinem Kenntnisstand sei das eine Forderung der CDU gewesen, wie die Diskussion in der letzten Innenausschusssitzung gezeigt habe.

(Theo Kruse [CDU]: Habe ich doch gesagt! Da bin ich doch nicht dagegen!)

– Dann werde der Kollege sicherlich auch dem Änderungsantrag zustimmen.

(Theo Kruse [CDU]: Es geht doch um ein Gesamtkonzept!)

– Der Kollege Kruse könne gerne zunächst dem Änderungsantrag zustimmen und dann sagen, dass er den Gesamthaushalt schlecht finde. Er könne jedenfalls nicht ernsthaft den Änderungsantrag ablehnen, der genau das wiedergebe, was in zahlreichen Sitzungen von der CDU-Fraktion zu diesem Themenbereich gefordert worden sei.

Er wolle das Augenmerk aber nicht nur auf die beiden Änderungsanträge richten, sondern auch auf die grundsätzlichen Fragen des Haushalts. In einer Zeit, in der von der CDU und anderen dringend Einsparungen angemahnt würden und der Vorwurf laut würde, SPD und Grüne gingen nicht ausreichend mit der Axt gegen die willkürliche Bürokratie – so Herr Dr. Orth – vor, würden aber weiterhin nicht nur 1.400, sondern mittlerweile sogar 1.522 Polizistinnen und Polizisten neu eingestellt.

Das sei weiterhin eine große Leistung nicht nur des Ministers, sondern auch der regierungstragenden Fraktionen; es zeige, dass die innere Sicherheit sehr ernst genommen werde, weil auch die Demografieberichte ernst genommen würden. Hätte seinerzeit Schwarz-Gelb aufgrund des Demografieberichts ausreichend Kräfte eingestellt, hätte man nicht die Lücken, wie sie jetzt vorhanden seien, und dann würde man über ausreichend Polizeibeamte verfügen.

Es gebe mithin ausreichend Gründe, dem Haushalt zuzustimmen. Bereits in der ersten Beratung habe er auf Hubschrauberstaffeln hingewiesen; man könne auch über die Polizeiboote auf dem Rhein sprechen. Für die regierungstragenden Fraktionen sei es jedenfalls sehr wichtig, nicht an der inneren Sicherheit zu sparen. Der regierungstragenden Fraktion der SPD sei nicht verborgen geblieben, dass der Fraktionsvorsitzende der Grünen seine eigene Meinung zum Thema „Polizeibehörden“ und zum Thema „Leitstellen“ habe. Die SPD habe dazu aber auch eine Meinung.

Man müsse aber, wie in einer Ehe auch, nicht immer einer Meinung sein. Der Koalitionsvertrag gebe die Marschrichtung vor, und diese werde eingehalten. Das gebe genauso der Haushalt wieder.

Frank Herrmann (PIRATEN) wechselt zum Thema „Flüchtlingsgipfel“. Er hätte erwartet, dass die Haushaltsanträge zum Flüchtlingsgipfel heute Thema geworden wären. Er sehe einen Knackpunkt beim Beschwerdemanagement; da gebe es noch einen Dissens. Beim Flüchtlingsgipfel sei dies angekündigt worden, aber nicht innerhalb des Kostenrahmens für die soziale Beratung. Das sei aber in dem Antrag aus dem letzten Plenum hineingerechnet worden. Insofern fehle ihm noch der Hinweis, wie das Ganze nun konkret ausgestaltet werden solle. Daher bitte er um Angaben, wie das Beschwerdemanagement ausgestaltet werde und wann bzw. wo es im Haushalt benannt werde.

Dr. Robert Orth (FDP) meint, der Kollege Stotko habe es provoziert, dass er, Orth, sich doch noch zu Wort melde.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Hat ja gut geklappt!)

Die Rechnerei mit den Einstellungszahlen bei der Polizei wolle der Kollege Stotko einfach nicht verstehen. Inzwischen könne man schon fast historisch an das Thema

herangehen, da man auf die Zeiten vor 2010 zurückblicke. Ein Blick auf die Zahlenaufstellungen zeige, dass 2003 noch 1.090 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte eingestellt worden seien. Dann habe Minister Behrens einen Cut gemacht und die Zahl der Einstellungen mehr als halbiert, und zwar auf 500.

Das habe die schwarz-gelbe Regierung korrigiert, indem sie von 2007 auf 2008 die Zahl der Einstellungen von 500 auf 1.100 erhöht, also mehr als verdoppelt habe. Das sei ein großer Kraftakt gewesen. Wenn man dann sehe, dass von 2010 mit einer Einstellungszahl von 1.400 bis 2014 die Einstellungszahlen lediglich um 100 erhöht worden sei, dann sei klar, dass das ein Armutszeugnis für Rot-Grün bedeute.

(Lachen von der SPD)

Das habe nichts mit irgendeinem Innenminister zu tun – Fakt sei, dass in 2018 die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte fehlen würden.

Da möge die SPD erklären, wieso angesichts dessen irgendein Innenminister zehn Jahre vorher hätte massiv mehr Leute einstellen sollen. Wenn es heiße, die schwarz-gelbe Regierung habe es damals versäumt, dann könne ja jetzt Rot-Grün tätig werden und entsprechend handeln, aber das geschehe ja auch nicht. Es würden keine Leute eingestellt, und diesen Schuh müsse sich Rot-Grün anziehen. Wenn das Problem in drei Jahren offenkundig werde, sei dies das Problem von Rot-Grün.

Verena Schäffer (GRÜNE) weist darauf hin, dass immerhin 1.500 Beamtinnen und Beamte eingestellt würden, und allein darauf komme es an. Dass es demnächst zu einem Kippen bei Einstellungen und Pensionierungen komme, sei schon lange bekannt gewesen, auch unter Schwarz-Gelb; nur da sei es nicht öffentlich gemacht worden. Insofern finde sie die Ausführungen etwas heuchlerisch.

Die Berichte zu Pensionierungen usw. lägen vor, und die Zahlen zu Einstellungen und dergleichen seien bekannt. Normalerweise wolle gerade die CDU noch weiter streichen. In diesem Zusammenhang verweise sie auf die Debatte zu den Polizeiverwaltungsassistenten. Lediglich Zahlen zu nennen, ohne sich Gedanken darüber zu machen, wie eine Polizeistruktur in Nordrhein-Westfalen mit derzeit 50 Behörden, 47 Kreispolizeibehörden und drei Landesoberbehörden aussehe, und ob das zukunftsfähig sei, bringe überhaupt nicht weiter.

Sie finde es durchaus richtig, das Ganze infrage zu stellen – da vertrete Rainer Priggen nicht eine Einzelmeinung als Fraktionsvorsitzender, sondern er vertrete die gesamte Meinung der Fraktion. Nicht umsonst sei eine Kommission seitens des Ministeriums eingerichtet worden – sie empfehle Herrn Kruse insofern, die Zeitungsberichte in Zukunft bis zum Ende zu lesen –, die sich die Strukturen noch einmal anschauen wolle.

Bundesweit gebe es kein anderes Bundesland, das sich eine solche Behördenstruktur leiste wie Nordrhein-Westfalen. Insoweit sei die Debatte notwendig, gerade angesichts der Veränderungen der Zahlen bei der Polizei.

(Lothar Hegemann [CDU]: Wenn sich keiner eine solche Struktur leistet, was wollen Sie denn dann verändern?)

– Kein Bundesland habe so viele Behörden wie Nordrhein-Westfalen. In allen anderen Ländern habe es Strukturreformen gegeben, beispielsweise zuletzt in Baden-Württemberg. Insofern müsse diese Diskussion auch für Nordrhein-Westfalen geführt werden. Die Strukturreform habe es übrigens unabhängig von der Parteifarbe der Regierung gegeben, auch in CDU-geführten Ländern. Insofern müsse man sich das schon noch einmal anschauen.

Sie finde es schwierig, wenn es überall nur heiße: „Mehr, mehr, mehr Polizeibeamte“,

(Theo Kruse [CDU]: Sagen wir doch gar nicht! Wer sagt das denn?)

sich aber niemand die Strukturen vor Ort anschau. Es gehe nicht darum, eine Einspardebatte zu führen, sondern um die Qualität von Polizeiarbeit. Sie sei jedenfalls gespannt auf den Abschlussbericht der Kommission zur Strukturreform im nächsten Frühjahr. Dieser Bericht werde sicher ausführlich diskutiert werden.

(Theo Kruse [CDU]: Also nächstes Jahr im Frühjahr kommt das dann?)

Christian Dahm (SPD) findet, die Aussagen des Kollegen Orth könnten so nicht stehenbleiben, da es sich um klare Geschichtsfälschung handele. Insofern wolle er die Legendenbildung richtigstellen. In der Aufzählung der Jahreszahlen habe Herr Orth die Jahre 2005 und 2006 vergessen. 2005 sei Schwarz-Gelb angetreten und habe angekündigt, die Einstellungszahlen deutlich zu erhöhen; das sei das Wahlkampfthema gewesen.

2005 und 2006 seien dann 500 Polizistinnen und Polizisten eingestellt worden. Da habe man sich nicht an die Wahlaussagen gehalten, man habe gar nichts verändert. Das müsse ganz klar gesagt werden. Es sei der Innenminister Dr. Wolf gewesen, der den Demografiebericht in der Schublade habe verschwinden lassen. In dem Bericht gebe es eindeutige Aussagen, wie sich die Einstellungszahlen zu entwickeln hätten, um die Größenordnung der Polizei weiter aufrechtzuerhalten.

Herr Kruse fordere Bürokratieabbau und Einsparungen. Er habe jedoch kein einziges Argument vorgebracht, wo denn solche Einsparungen vorgenommen werden sollten oder könnten. Da vermisse er, Dahm, entsprechende Einbringungen in den Haushalt.

Werner Lohn (CDU) wendet sich ebenfalls der historischen Betrachtung zu. Herr Dr. Orth habe recht: 2003 seien etwas mehr 1.000 Polizistinnen und Polizisten eingestellt worden. Minister Behrens habe diese Zahl auf 480 reduziert. Mit der Reduzierung sei einhergegangen, dass unter Rot-Grün in den Jahren von 2000 bis 2005 Polizeischulen geschlossen bzw. dem Verfall preisgegeben worden seien. Faktisch seien keine Ausbildungsmöglichkeiten vorhanden gewesen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Zweigeteilte Laufbahn!)

Nachdem CDU und FDP die Regierungsverantwortung übernommen hätten, sei innerhalb von zwei Jahren ein zweistelliger Millionenbetrag investiert worden, um die Polizeischulen überhaupt erst wieder ausbildungsfähig zu machen. Das habe dazu geführt, dass die Ausbildungszahlen mit 1.100 mehr als verdoppelt worden seien.

Er gestehe SPD und Grünen zu, dass in der jetzigen Regierungsverantwortung die Einstellungszahlen noch einmal erhöht worden seien, zunächst auf 1.400. Der nächste Schritt, die nächste Notwendigkeit sei jedoch absehbar. Auf diese Fragen würden aber entweder gar keine Antworten gegeben oder innerhalb der regierungstragenden Fraktionen völlig unterschiedliche.

Frau Schäffer habe eine Polizeistrukturereform angesprochen, der Fraktionsvorsitzende Priggen habe gesagt, man könne durch eine Polizeistrukturereform 2.000 Stellen sparen und die Polizisten woanders einsetzen. Er selbst erinnere sich daran, dass Minister Jäger anfangs bei seiner Regierungserklärung ausgeführt habe, in dieser Legislaturperiode bis 2017 sei nicht daran gedacht, über eine Polizeistrukturereform zu diskutieren, geschweige denn sie umzusetzen.

Er schlage vor, dass sich zunächst SPD und Grüne einigten, was sie denn überhaupt wollten.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Werfen Sie mal einen Blick in den Koalitionsvertrag!)

– Hier sei nicht die Rede vom Koalitionsvertrag, sondern davon, was der Minister in seiner Regierungserklärung gesagt habe – und das sei gewesen: „Bis 2017 tut sich hier nichts“. Nun solle doch etwas geändert werden. Da müsse man Farbe bekennen. Das Konzept fehle jedoch, und darum werde der Einzelplan 03 für den Haushalt 2015 abgelehnt. In keiner Weise sei zu erkennen, was überhaupt gewollt sei.

Da Rot-Grün jedoch in der Regierungsverantwortung sei, müsse dort dafür gesorgt werden, dass genügend Polizisten vorhanden seien. Die Gewerkschaften hätten hinreichend dargelegt, dass schon ab 2016 mindestens 1.800 Polizisten eingestellt werden müssen. Ob das dann geschehe, sei eine andere Sache, aber irgendwie müsse auf das Problem eingegangen werden. Hier bleibe eine Reaktion jedoch leider aus.

Hans-Willi Körfges (SPD) stellt fest, dass die CDU und die FDP immer dann Freunde der Polizei seien, wenn sie sich in der Opposition befänden. Für Rot-Grün gelte das aber auch während der Regierungsverantwortung, und von daher könne er dem, was Herr Dr. Orth prognostiziert habe – dass Rot-Grün nämlich in drei Jahren auch noch dafür zuständig sei –, durchaus anschließen. Dann sei der Polizei geholfen; die Opposition sei polizeifreundlich, und die regierungstragenden Fraktionen würden es ebenfalls bleiben.

Wenn schon eine historische Betrachtung stattfinde, so nenne er das Stichwort „zweigeteilte Laufbahn“ im Zusammenhang mit der Polizeiausbildung. Er finde es ausgesprochen schwierig, wenn immer nur Teile der Geschichte erzählt und andere ausgelassen würden. Wenn es um strukturelle Überlegungen bei der Polizei gehe – er wisse gar nicht mehr so genau, wie denn der Mann geheißen habe, der auf Pressekonzferenzen strukturelle Einsparungen durch die Polizeiassistenten haushaltsrelevant vorgerechnet habe. Dort möge man einmal nachfragen, wer denn da für Unruhe gesorgt habe. Man könne auch die Polizistinnen und Polizisten fragen, was diese von den Plänen gehalten hätten.

Darüber hinaus sei im Gegensatz zu allgemeinen politischen Erwägungen die Mathematik eine relativ exakte Wissenschaft. Wenn man für sich selber 1.090 Einstellungen lobe und sage, das sei damals eine bahnbrechende Errungenschaft gewesen, dann müsse auch jetzt für Rot-Grün Beifall geklatscht werden, denn die Differenz zu 1.522 betrage 432. Und um diese Zahl werde mehr eingestellt. Da sei man auf der richtigen Spur; die Opposition betreibe jedoch nichts anderes als Geschichtsklitterung.

(Beifall von der SPD)

Dirk Schatz (PIRATEN) kommt auf die von Frau Schäffer angesprochenen Struktur-reformen in anderen Bundesländern zu sprechen. Es möge sein, dass andere Bundesländer einen Reformbedarf gesehen und umgesetzt hätten; kein anderes Land sei jedoch so dicht besiedelt wie Nordrhein-Westfalen. Wenn die Idee sei, Leitstellen zusammenzulegen, müsse man zunächst prüfen, welchen Sinn das überhaupt mache.

Geplant sei, 2.000 Stellen bei der Strukturreform einzusparen. Bei der Polizei gebe es alle Jahre wieder Strukturreformen, aber keine einzige habe jemals zu Stelleneinsparungen geführt, insbesondere nicht dort, wo es nötig sei. Von daher mache das nicht allzu viel Sinn.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Und was ist Ihr Vorschlag für die Zukunft?)

Minister Ralf Jäger (MIK) weist darauf hin, dass in der zweiten Lesung eigentlich nur die Punkte beraten würden, die Gegenstand von Änderungsanträgen seien. Dar-aus habe sich nun doch eine Generaldebatte entwickelt, auf die er gerne eingehen wolle.

Das von Herrn Herrmann nachgefragte Beschwerdemanagement sei nicht Gegenstand von Änderungsanträgen gewesen. Die Fraktionen hätten miteinander vereinbart, dass dieser Punkt im Haushalts- und Finanzausschuss beraten werden sollte. Er wolle jedoch hervorheben, dass es in den Landesaufnahmeeinrichtungen in der Tat ein strukturiertes und qualifiziertes Beschwerdemanagement gebe.

Das wolle er bildlich beschreiben: In jeder Einrichtung müsse es eine Tür geben, an der man klopfen könne. Dahinter müsse ein Mensch sitzen, der nicht betreiberaffin sei, wo eine Beschwerde neutral hinterlegt und bearbeitet werden könne. Man habe mit den NGOs vereinbart, das Ganze jetzt mit Inhalten zu füllen.

Beispielsweise gebe es eine Einrichtung, wo Organisationen bereits Asylverfahrensberatungen durchführten. Da könne man sich vorstellen, dass ein qualifiziertes Beschwerdemanagement bei demjenigen hinterlassen werde, der auch die Asylverfahrensbegleitung mache, also ein Neutraler außerhalb der Betreibergesellschaft.

In anderen Einrichtungen habe man keine Beratung, weil die Beratung an verschiedenen Standorten gepoolt sei, aber auch dort solle es ein qualifiziertes Beschwerdemanagement geben. Mit den NGOs solle beraten werden, wer dies dort überneh-

men könne. In zwei Runden sei inzwischen beraten worden; hier werde ein ordentliches Konzept vorgelegt.

Wichtig sei ihm, dass nach den Vorfällen in Burbach insofern unmittelbar gehandelt worden sei, als die Taskforce nunmehr sicherstelle, dass in jeder Einrichtung ein Mensch von der Bezirksregierung kontrolliere. Darüber hinaus würden mobile Teams gebildet – übrigens unter Beteiligung der NGOs –, die neben denen, die aus der Bezirksregierung ohnehin vor Ort seien, um solche Qualitätskontrollen durchzuführen, mobil von Einrichtung zu Einrichtung führen und gemeinsam mit den NGOs die Qualitätskontrollen durchführten.

Zudem wolle er das Thema „Salafismus“ aufgreifen, das Herr Kruse aufgeworfen habe. Er erinnere sich an dessen Formulierung, NRW sei eine „Wohlfühlzone für Salafisten“.

(Theo Kruse [CDU]: Das saß, oder?)

– Das habe überhaupt nicht gegessen, weil es völlig falsch gewesen sei.

Die Frage sei, wie sich die salafistische Szene in Deutschland, in Europa und in Nordrhein-Westfalen entwickle. In Deutschland gebe es ein echtes Problem mit der salafistischen Szene. Quantitativ hätten jedoch andere Länder, beispielsweise Belgien, deutlich größere Probleme.

(Theo Kruse [CDU]: Das ist richtig!)

Der Zuwachs der Szene habe sehr viel damit zu tun, wie groß der muslimische Bevölkerung in einem Bundesland sei, weil damit auch das Risiko steige, dass Muslime in die salafistische Szene abgleiten könnten. Darüber hinaus hänge es auch damit zusammen, zu welchem Zeitpunkt mit welcher Intensität Verfassungsschutz- und Sicherheitsbehörden in diese Szene hineingeschaut und qualitativ festgestellt hätten, was dort stattdende.

Dabei könne man beobachten, dass man in Nordrhein-Westfalen von einer Szene von etwa 1.800 Mitgliedern ausgehen müsse, dass es nach wie vor einen Anstieg gebe, dass aber in anderen Bundesländern der Anstieg deutlich rasanter sei. Das habe damit zu tun, dass die Sicherheitsbehörden in Hessen oder in Rheinland-Pfalz später als die in NRW sehr viel genauer in die Szene hineinschauten. Das sei immer nur eine Momentaufnahme und habe sehr viel damit zu tun, mit welcher Intensität die Sicherheitsbehörden vorgehen.

Er danke dem Haushaltsgesetzgeber, dass nunmehr mit zusätzlichen 27 Stellen im Verfassungsschutz dieses Phänomen „Salafismus“ sehr viel genauer und intensiver beobachtet werden könne. Diese Szene sei die am dynamischsten wachsende extremistische Szene in Deutschland, und von ihr gehe auch das größte Risiko aus. Daher sei es wichtig, mit den 27 Stellen zusätzlich arbeiten zu können.

Herr Kruse habe den Punkt „Verwaltungsmodernisierung“ angesprochen. Er wolle nun keine alten Zöpfe bemühen, aber die Verwaltungsmodernisierung sei unter Schwarz-Gelb nicht ganz so erfolgreich gewesen. Es habe zwei Bewegungen, zwei Ideologien gegeben, mit denen diese Modernisierung verfolgt worden sei:

(Theo Kruse [CDU]: Das ist Quatsch!)

– Das sei kein Quatsch – zum einen „Privat vor Staat“, was dazu geführt habe, dass in den Bezirksregierungen beispielsweise durch den Abbau von Ingenieursstellen Planfeststellungsverfahren nur noch mühselig bearbeitet werden könnten und jetzt dringend auf dem Markt entsprechende Fachkompetenz nachgesucht werden müsse.

Eine weitere Idee sei die Kommunalisierung von staatlichen Aufgaben gewesen. Hier erinnere er daran – das könne nachgelesen werden im aktuellen Haushalt Einzelplan 03 –, dass Aufgaben wie beispielsweise die Versorgungsverwaltung vom Land auf die Kommunen übertragen worden sei, ohne ausreichend für eine finanzielle Ausstattung zu sorgen. Das habe man seinerzeit schon kritisiert, und das sei bestätigt worden vom Verfassungsgericht in Münster.

Im Einzelplan 03 sei ein zweistelliger Millionenbetrag zu finden, mit dem das repariert werde, was die Verwaltungsmodernisierung von Schwarz-Gelb seinerzeit angerichtet habe. Die mangelhafte kommunale Finanzausstattung für die Übertragung einer Landesaufgabe auf die Kommunen müsse nun zusätzlich finanziert werden.

(Thomas Stotko [SPD]: Das ist teuer!)

Die Frage sei gestellt worden, ob er, Minister Jäger, glaube, dass der Einzelplan 03 dem Sicherheitsbedürfnis des Landes Nordrhein-Westfalen gerecht werde. Er glaube, dass die Wechselwirkung zwischen Sicherheit und Geld nicht immer zwingend vorhanden sei. Deshalb verweise er auf die Zahlen zur Kriminalitätsentwicklung.

Vorhin habe Herr Kruse NRW einen Abstiegsplatz attestiert. In diesem Zusammenhang wolle er deutlich sagen, dass man, was die Aufklärungsquote angehe, immer noch Luft nach oben habe. Sie bewege sich im Mittel der letzten 15 Jahre weder wesentlich schlechter noch wesentlich besser; dabei wolle er gar nicht bestimmte Jahreszahlen herausgreifen.

Ihm liege nicht daran, die Zahlen von 2005 bis 2010 vorzulegen, wo die Aufklärungsquote zum Teil schlechter gewesen sei. Insgesamt bewege man sich auf einem bestimmten Niveau – die Einbruchszahlen gingen um etwa 5 % zurück; das sei erfreulich –, das viel zu hoch sei und von dem man herunterkommen müsse. Das werde mit entsprechenden polizeilichen Konzepten versucht und gelinge mittlerweile in ersten Ansätzen. Die Gewaltkriminalität sei rückläufig, ebenso die Jugendkriminalität. Das sei schon einmal gut.

Nun komme er auf die Einstellungszahlen bei der Polizei zu sprechen. Diese Frage habe eine große Bedeutung gewonnen. Er versuche, ganz neutral die Situation Nordrhein-Westfalens zu beschreiben und spreche bewusst nicht von „Problemen“. Probleme hätten die Kollegen aus anderen Ländern.

In den letzten vier Jahren habe man viel dafür getan, dass es einen solchen Problemzuwachs wie in anderen Bundesländern nicht gebe. Tatsache sei – unabhängig davon, wer an der Regierung gewesen sei –, dass es in dem Zeitraum von vor vier bis vor zwölf Jahren objektiv zu wenig Einstellungen gegeben habe.

2005 habe ein Altersbericht vorgelegen, der die Demografieentwicklung bei der nordrhein-westfälischen Polizei beschrieben habe. Dieser Altersbericht – mit sehr guter Analyse und entsprechenden Vorschlägen, wie dem entgegnet werden könne – sei, wie bereits angedeutet, in einem Aktenschrank verstaubt, bis er selbst ihn ein paar Tage nach seiner Amtseinführung vorgelegt bekommen habe.

Darauf habe man reagiert. Mit der Zahl von derzeit 1.522 sei man nahe an dem, was die Organisation Polizei tatsächlich qualitativ und quantitativ ausbilden könne. Eine solche Organisation habe eben irgendwo eine natürliche Grenze, was Ausbildungskapazitäten anbelange.

Im Übrigen – das müsse der Kollege Lohn eigentlich wissen – seien zwar tatsächlich Polizeischulen geschlossen worden, aber nicht, weil man die Einstellungszahlen reduziert habe, sondern weil man zu einer veränderten Ausbildung gekommen sei. Mit Einführung der zweigeteilten Laufbahn – also nur noch Ausbildung in den Bereichen „gehobene Beamtenlaufbahn“ und „höhere Beamtenlaufbahn“ unter Verzicht einer Ausbildung in der mittleren Beamtenlaufbahn – habe man die Ausbildung qualitativ umstellen müssen.

Inzwischen handle es sich um einen Bachelorstudiengang. Fachhochschulen der öffentlichen Verwaltung seien eingerichtet worden bzw. hätten deutlich erweitert werden müssen. Deshalb habe es in der Tat Immobilienverschiebungen und qualitative Verschiebungen innerhalb der Ausbildung gegeben. Das habe jedoch nichts damit zu tun, dass es irgendwo Reduzierungen gegeben habe.

(Zuruf von Werner Lohn [CDU])

Er wolle nochmals deutlich betonen, dass man innerhalb der nordrhein-westfälischen Polizei auf eine Demografielücke zulaufe. Noch sei sie nicht da, aber man werde sie ab 2021 spüren, wenn es deutlich mehr Abgänge gebe als Zugänge. Diese Lücke würde es aber nicht geben, wenn zwischen 2005 und 2010 aufgrund des vorliegenden Altersberichts einer unabhängigen Kommission dieselben Anstrengungen im Hinblick auf die Ausbildung unternommen worden wären wie jetzt.

(Werner Lohn [CDU]: Und was ist mit der Zeit zwischen 2003 und 2005?)

Zur Theorie, die Herr Dr. Orth immer vertrete, ein Innenminister könne nicht zehn Jahre im Voraus ausbilden, wolle er sagen, dass er ihm insoweit recht gebe, als das in vielen Wirtschaftsbereichen sicher zutrefte, beispielsweise in einer Rechtsanwaltskanzlei. Bei der Polizei sei das jedoch etwas anderes. Es gebe keinen Arbeitsmarkt für die Polizei, sondern die Kräfte, die benötigt würden, müssten immer selbst ausgebildet werden.

Das bedeute, dass immer sehr vorausschauend agiert werden müsse. Dabei müsse man im Blick haben, was in zehn oder 15 Jahren an Demografie vorhanden sei und was jetzt getan werden müsse, um spätere Lücken zu vermeiden. Das sei jedoch aus dem Blick verloren worden. Die Anstrengungen, die heute unternommen würden, hätten früher unternommen werden müssen.

Nunmehr reagiere man mit hohen Einstellungszahlen und der Einrichtung einer Kommission, die zwei ergebnisoffene Aufträge habe: Zum einen solle überprüft werden, ob sich für die Aufbauorganisation der nordrhein-westfälischen Polizei mit sieben Kreispolizeibehörden und drei Landesoberbehörde bei einer Veränderung zusätzliche Synergien erzielen lasse. Ob dies gelingen könne oder nicht, solle der Kommission überlassen werden.

Er füge hinzu, dass die jetzige Aufbauorganisation – dass der Landrat sozusagen Behördenleiter der Landratsbehörden sei und die Kommunen für die Verwaltung dieser Behörden selbst Personal in einer Größenordnung von 400 Stellen zur Verfügung stellten – zeige, welchen Synergieanspruch man bei einer solchen Organisationsreform haben müsse, um tatsächlich zu Ergebnissen zu gelangen.

Zum anderen gehe es um Folgendes: Man versuche, der demografischen Entwicklung bei der Polizei NRW mit maximalen Einstellungszahlen entgegenzuwirken. Dennoch könne es in sieben bis acht Jahren zu Problemen kommen. Es gelte, die Polizei so aufzustellen und zu modernisieren, dass im Kernbereich dessen, was die Polizeiarbeit ausmache – das seien insbesondere die Bereiche Verkehr, Gefahrenabwehr und Kriminalitätsbekämpfung –, die Zahlen nach Möglichkeit quantitativ wie qualitativ gehalten werden könnten. Die Kommission habe hier den Auftrag, Vorschläge zu machen, wie Polizeiorganisation optimal organisiert werden könne.

Herr Kruse habe noch gefragt, ob er, Minister Jäger, sich mehr wünsche für den Haushalt. Auch im Namen seiner Ministerkollegen könne er diese Frage mit Ja beantworten. Er fühle sich dem Erreichen der Schuldenbremse verpflichtet; dennoch könne er feststellen, dass der Einzelplan 03 um 168 Millionen € steige und man zusätzlich 462 Stellen zur Verfügung gestellt bekommen habe. Insofern könne er, gemessen an den finanziellen Rahmenbedingungen des Landes Nordrhein-Westfalen, durchaus zufrieden sein.

Theo Kruse (CDU) weist darauf hin, dass sich alle Fraktionen Gedanken darüber machten, wie das Land seine finanzielle Handlungsfähigkeit zurückgewinnen könne, wobei es sicherlich unterschiedliche Konzepte gebe. Minister Jäger sei der zuständige Fachminister für den öffentlichen Dienst insgesamt. Die Personalkostenquote im Land sei außerordentlich hoch; sie habe einmal bei 46 % gelegen.

Jetzt möge der Wert vielleicht bei 42 % liegen, aber immerhin liege er noch deutlich über 40 %. Daher stelle er die Frage, mit welcher Politikgestaltung, mit welchem Ansatz der Minister in den nächsten Jahren mit dazu beitragen wolle, dass die Personalkosten den Landeshaushalt nicht erdrosseln würden.

Die rot-grüne Landesregierung sage, es gebe kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmeproblem. Das führe jedoch dazu, dass die wirtschaftliche Entwicklung im Lande Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu vielen anderen Länder zurückbleibe.

Daher wolle er vom Minister wissen, ob dieser finde, dass die Personalkostenquote so in Ordnung sei oder ob sie nicht lieber unter 40 % gesenkt werden solle, und falls ja, ob es entsprechende Überlegungen hierzu gebe.

Minister Ralf Jäger (MIK) findet, dies sei eine Frage, die besser im Finanzausschuss gestellt werden solle; denn er vertrete nicht die Gesamtpersonalquote in Höhe von 42 %, sondern nur seinen eigenen Verantwortungsbereich. Die Landesregierung nehme jedoch eine äußerst restriktive Haushaltsbewirtschaftung vor. Was Stellenzuwächse anbelange, werde in der Regel eine Nulllinie gefahren; zum Teil sei die Linie sogar leicht fallend.

Wenn jedoch – richtigerweise – kein Stellenabbau bei der Polizei betrieben werden solle, ebenso wenig in den Bereichen Bildung und Finanzverwaltung, und man dann schaue, was noch an Stellen in der Landesverwaltung übrig bleibe, um die Quote von 40 % nachhaltig zu senken, dann sei er auf einen Vorschlag sehr gespannt, der dies realistisch darstellen könne.

Hans-Willi Körfges (SPD) hält es für wohlfeil, ständig über Personalkosten zu diskutieren, dann aber ganze Personalbrocken in den Bereichen Bildung, Justiz, Finanzverwaltung und innerer Sicherheit auszunehmen. Wenn man dann rechnen könne und diese Personalkörper vom Gesamtpersonal abziehe, dann bleibe nur noch eine sehr enge Auswahl an Möglichkeiten, wo überhaupt Personal eingespart werden könne.

Er warne jedoch deutlich davor, sich zu intensiv bei Bezirksregierungen und anderen Mittelbehörden umzuschauen; denn das habe für alle politischen Ebenen katastrophale Folgen. Die Frage sei, wo dann noch die Rieseneinsparpotenziale vorhanden seien. Das betreffe nur noch wenige Tausend Stellen. Würden diese dann auch noch eingespart, werde die Funktionsfähigkeit der Landesverwaltung tatsächlich außer Kraft gesetzt.

Die Personalkostenquote sei die eine Sache. Man müsse jedoch einmal schauen, was in Nordrhein-Westfalen, bemessen auf die Bürgerinnen und Bürger, an Personalkosten im Verhältnis zu allen anderen Bundesländern anfalle. Dann stelle man fest, dass man zwar einen theoretischen Diskurs darüber führen könne, dass Personalkosten mit einer Quote von über 42 % – einschließlich der Hochschulen sogar noch mehr – den Haushalt erheblich belaste; aber einen kreativen, brauchbaren Vorschlag, wie man unter Ansehung der Forderungen darunter kommen könne, gebe es nicht.

Solange keine brauchbaren Vorschläge kämen, sei das Ganze eine akademische Diskussion, die zu nichts führe. Er sei gerne bereit, qualifiziert darüber nachzudenken, wo man noch effektiver werden könne. Allerdings glaube er, dass das im Bereich der öffentlichen Verwaltung leicht umschlagen und kontraproduktiv werden könne. Wenn nämlich eingesparte Personalkosten an anderer Stelle als doppelt so hohe andere Kosten wiederauftauchen, sei bezogen auf den Haushalt nichts gewonnen.

StS Bernhard Nebe (MIK) führt aus, man müsse sich die Zahl von 42 % noch einmal klar machen und die Bestandteile verstehen. Wenn von Personalkostenquote die Rede sei, dann beinhalte das die aktiven Bezüge, die Pensionen und die Beihilfen. In der Summe ergebe das den besagten Effekt. Man müsse sich die einzelnen Säulen genauer anschauen.

(Lothar Hegemann [CDU]: Und für wen ist das jetzt neu?)

Was die aktiven Bezüge und Ausgaben angehe, müsse man sich eines klarmachen: Die Vorstellungen der Vorgängerregierung hätten so ausgesehen, dass man 1,5 % jährlich einsparen wollen, und zwar bezogen auf Stellen sowie auf Personalausgaben. Diesbezüglich gebe es jetzt keine Unterscheidung, weil die 1,5-%ige Personalausgabeneinsparung von dieser Regierung fortgeführt werde. Hier müsse man also nicht in eine Diskussion um einen Überbietungswettbewerb eintreten.

Der **Änderungsantrag Kapitel 03 010 Titel 422 01** wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen von CDU und der Piratenfraktion angenommen.

Der **Änderungsantrag Kapitel 03 310 Titelgruppe 74 Titel 422 74** wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Der **Einzelplan 03** wird mit den beschlossenen Änderungsanträgen mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und der Piratenfraktion angenommen.